Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 290 | Dresden, Mittwoch den 15. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Nollet fordert Entwaffnung

wtb Berlin, 14. Dezember. Die Antwortnote des Generals Nollet auf die Note des Auswärtigen Amtes über die Einwohnerwehren vertritt im Gegensatz zur deutschen Regierung die Auffassung, daß gewisse Selbstschutzorganisationen wohl einen militärischen Charakter haben.

Die Antwortnote verweist darauf, daß nach den vom Landeshauptmann Escherich unterzeichneten Satzungen des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrkreiskommando und die Kreishauptleute mit der Verbindung mit den Reichswehrbrigaden beauftragt worden. Ebenso hätten in Ostpreußen Generalstabsoffiziere der 1. Infanteriedivision die Verbindung mit den Selbstschutzorganen aufrechtzuerhalten. Grenzwehr, Grenzschutz, Stadtwehren, Einwohnerwehren, Orgesch und andre ähnliche Vereine stellten also Formationen dar, die geeignet seien, eine Mobilisierung zu erleichtern und müßten daher nach Artikel 178 des Friedensvertrages aufgelöst werden.

Im übrigen widersprächen die Tatsachen selbst den Gründen, die zugunsten einer Ausnahmestellung für die Selbstschutzorganisationen Bayerns und Ostpreußens vorgebracht worden seien.

Weiter heißt es in der Antwortnote: Wenn sich in Bayern einerseits die Zahl der Kommunisten auf ungefähr 80 000 beläuft, von denen wahrscheinlich nicht alle Kämpfer sind, so belaufen sich anderseits die regulären Kräfte nach dem Voranschlag der deutschen Regierung selbst auf fast 40 000 Mann. Ohne auf die Schätzung der Zahl der Waffen einzugehen, die die Kommunisten im Jahre 1919 in den Kasernen von München aufgefunden haben können, möchte ich nur bemerken, daß nach den Erklärungen, die Sie mir am 9. November d. J. gemacht haben, die kommunistische Gefahr im Reiche für die Zukunft als überwunden zu betrachten ist.

Was Ostpreußen anbetrifft, so erinnert die interalliierte Militärkontrollkommission daran, daß die deutsche Regierung im letzten Sommer nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen wie die der andern Teile Deutschlands aufgelöst und entwaffnet werden müssen.

Die Zahl der der Bevölkerung abgenommenen und an die interalliierte Militärkontrollkommission abgelieferter Waffen erreicht bei weitem nicht die Zahl der vorhandenen, und noch keine von den Verbänden stammende Waffe ist an die Distriktskommissionen in Königsberg, Hannover, München und Stuttgart (für Württemberg) abgegeben worden. Die interalliierte Militärkontrollkommission besteht darauf, daß die deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

•

So wenig es uns auch gefällt, daß sich Deutschland von der Entente in seine inneren Angelegenheiten muß dreinreden lassen, so müssen wir nichtsdestoweniger wiederholen, was wir mehrfach, wie auch gestern wieder, gefordert haben: Entwaffnung aller Volks- und aller Reichsstelle. Die Begründung der Entente kann von unserer Seite vollständig unterschrieben werden!

•

Bayern und die Einwohnerwehrnote

Nürnberg, 15. Dezember. **Nachdem die Antwortnote General Nollets auf die deutsche Einwohnerwehrnote im Wortlaut angelangt war, trat der bayerische Ministerrat noch abends zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Konsequenzen schlüssig zu werden, die sich für die bayerische Regierung aus der Lösung ergeben. Der Ministerrat war sich einig über den Ernst der Lage, der eine plötzliche und sofortige Auflösung der Einwohnerwehren mit sich bringen würde, neigte aber doch der Auffassung zu, daß die rein militärische Erledigung einer im Sinne der bayerischen Regierung nicht militärischen, sondern innerpolitischen Frage durch den Chef der interalliierten Militärkontrollkommission den Weg zu diplomatischen Verhandlungen offen lasse. Die bayerische Regierung will demgemäß die Reichsregierung um Fortsetzung der Verhandlungen ersuchen, wofür die Regelung des Auflösungsmodus und der Entwaffnungspflichten eine auch in der Note Nollets schon angedeutete Basis bilden würde.**

•

Gegen die Zerfahrenheit der auswärtigen Politik

Berlin, 15. Dezember. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat im Reichstag eine Interpellation über die auswärtige Politik der Reichsregierung eingebracht. In dieser Interpellation wird auf den Mangel an Stetigkeit der auswärtigen Politik und auf taktische Mißgriffe bei der Behandlung wichtiger Fragen hingewiesen. So wird beanstandet, daß die Note an die Entente wegen der Einwohnerwehr in Bayern und Ostpreußen, die nach der Meinung der Fraktion geeignet sei, bei den Ententeregierungen stark zu verstimmen, wenige Tage vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz überreicht worden sei. Die Unabhängigen fordern mit Rücksicht darauf sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Der Streik im sächsischen Bergbau

Eine Beilegung des sächsischen Bergarbeiterstreiks ist vorläufig leider noch nicht abzusehen. Die Einigungsverhandlungen, die am Montag in Dresden begannen, wurden, wie wir bereits meldeten, gestern in Berlin fortgesetzt. An den Verhandlungen nimmt auch der sächsische Kohlenkommissar teil, der gestern mit den Vertretern der sächsischen Regierung und der Bergarbeiter nach Berlin gereist ist. Die Verhandlungen gestalten sich um deswillen besonders schwierig, weil die Bergwerksbesitzer jede Aufbesserung der Löhne ablehnen, solange ihnen keine Erhöhung der Kohlenpreise zugebilligt worden ist.

Die Unternehmer möchten also jede Mehrbelastung durch die unbedingt notwendig gewordene Anpassung der Bergarbeiterlöhne an die neue Gestaltung der Kosten der Lebenshaltung von sich auf die Kohlenverbraucher abwälzen und dabei schließlich noch ein Extraprofitchen machen, das möglichst auch die zu gewährenden Lohnerhöhungen noch recht beträchtlich übersteigen möchte. Es ist außerordentlich erfreulich und anerkennenswert, daß die Bergarbeiter entgegen einer früheren Meldung eines Korrespondenzbureaus aus Zwickau eine Aufbesserung ihrer Löhne durch neue Kohlenpreiserhöhungen, also auf Kosten der Verbraucher, ablehnen. Sie gehen dabei von der durchaus richtigen Ansicht aus, daß der Kohlenbergbau für die Unternehmer profitabel genug ist, um Lohnaufbesserungen auf Kosten der Unternehmerprofite ohne weiteres möglich zu machen; auch nach derartigen Abstrichen von den Unternehmergewinnen zugunsten der Löhne der Bergleute werden die Unternehmer noch lange nicht an Unterernährung und Entkräftung zugrunde gehen.

Die Regierung ist bis jetzt gegenüber den Unternehmerforderungen auf Erhöhung der Kohlenpreise standhaft geblieben: sie lehnte neue Preissteigerungen ab. Hoffentlich läßt sie sich von diesem Standpunkt unter keinen Umständen abdrängen. Diese durchaus richtige Stellungnahme zwingt sie aber, den Bergarbeitern auf andre Weise zur Erfüllung ihrer begründeten Forderungen zu verhelfen. Das kann nur dadurch geschehen, daß das Unternehmertum mit allem Nachdruck zum Verzicht auf einen Teil seines Gewinnes zugunsten der Arbeiterschaft gedrängt wird.

Dabei muß aber schnell und entschieden gehandelt werden, denn schon jetzt machen sich die Wirkungen der Arbeitsruhe im sächsischen Steinkohlenbergbau für die Allgemeinheit schwer fühlbar. So sind nach einer Meldung der Telunion in Sachsen in den letzten Tagen ungefähr 30 Gaswerke wegen Kohlenmangels stillgelegt worden. Weitere werden ihnen folgen, wenn sich die Kohlenbelieferung nicht bald bessert. Auch die Aufforderung der Direktion der Dresdner städtischen Gaswerke an die Bevölkerung zum sparsamen Gasverbrauch ist auf den durch die Arbeitsruhe im Bergbau verursachten Kohlenmangel zurückzuführen. Diese Nachteile müssen täglich fühlbarer werden, wenn es der Regierung nicht bald gelingt, das Unternehmertum zur Vernunft zu bringen und dadurch die Wiederaufnahme der Arbeit im sächsischen Steinkohlenbergbau zu erwirken. Hoffen wir, daß die Berliner Verhandlungen schnell zu dem erstrebten Ziele führen.

Internationaler Protest gegen das Budapester Blutgericht

Berlin, 15 Dezember. In einem von namhaften Vertretern von sieben Staaten unterzeichneten Aufruf wird darauf hingewiesen, daß das ungarische Ausnahmegericht im Begriffe steht, 10 Mitglieder der ehemaligen ungarischen Sowjetregierung zum Tode zu verurteilen. In länger als viermonatiger Verhandlung, die in Gegenwart von Offizieren stattfand, welche, mit Handgranaten und Knüppeln bewaffnet, schon durch ihre Anwesenheit einen Druck auf das fügsame Gericht ausübten, in einer Verhandlung, wo den Angeklagten als Verteidiger nur ausgesprochene Klassengegner überlassen werden, konnte den zehn Volkskommissaren keine einzige persönliche Verfehlung nachgewiesen werden. Es ist hier nicht unser Amt, in den Kampf zwischen sozialistischer und bürgerlicher Weltanschauung oder in das Ringen der sozialistischen Richtungen einzugreifen, sondern wir erheben unsre Stimme nur, um zum Ausdruck zu bringen, daß das öffentliche Gewissen der Menschheit darin einig ist, daß es nicht zulässig ist, den im Kampfe besiegten Gegner als gemeinen Verbrecher zu behandeln und für politische Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen.

Unter den Unterzeichnern des Aufrufes, der schließlich die Amnestie für die Volkskommissare verlangt, befinden sich neben den sozialistischen Parteien und der internationalen Arbeiterbewegung auch zahlreiche bekannte Schriftsteller, wie Lujo Brentano, Albert Einstein und Shaw.

•

Herrliche Zeiten

Das Budapester Strafgericht hat einen 19jährigen Dieb zu einem Monat Gefängnis und zu fünfzehn Stockschlägen verurteilt. Das ist die erste Anwendung der Prügelstrafe, die unlängst in Ungarn wiedereingeführt worden ist.

Der Zusammenbruch des Abrüstungsgedankens

Eigene Drahtmeldung

Genf, 14. Dezember. Die Abrüstungskommission legte der Versammlung ihren Bericht vor. Es heißt da: „Die Kommission ist überzeugt davon, daß für die Erhaltung des Friedens die Einschränkung der Rüstungen notwendig ist, bestehlt aber gleichzeitig nicht, daß diese Einschränkung erst durchgeführt werden kann, wenn gewisse Signatarmächte des Friedensvertrages die ihnen auferlegte Abrüstung ihrerseits vollständig durchgeführt haben. Deshalb schlägt die Kommission vor, erstens die dauernde beratende Militärkommission aufzufordern, ihre Untersuchungen über den gegenwärtigen Stand der Rüstungen zu beschleunigen. Zweitens eine provisorische Kommission zu ernennen, die dem Rat alle möglichen Vorschläge für die Abrüstung vorlegen soll. Drittens, den Rat zu bitten, er möchte den Regierungen den Vorschlag unterbreiten, daß sie sich verpflichten, während der nächsten zwei Jahre ihr nächstjähriges Heeresbudget nicht zu überschreiten.“

Ausdrücklich ist gesagt, daß diese zweijährige Einschränkung nicht gilt für Heeresausgaben, die aus Verpflichtungen dem Völkerbund gegenüber hervorgehen, und daß sie nicht gilt für Staaten, die sich in außergewöhnlicher Lage befinden, was natürlich jeder ausdrücken kann, wie es ihm paßt.

Das Abrüstungsunternehmen des Völkerbundes hat schließlich mit einem Mißerfolg geendet, wie er gar nicht kläglicher gedacht werden kann: Der norwegische Einschränkungsantrag ist in der Form, in der ihn Herr Lange vorschlug, an den Bedenken einiger Staaten und auch wohl an geheimen Machenschaften gescheitert. Es wird jetzt heißen: „Die Versammlung spricht den Wunsch aus, der Rat möge usw.“ Gegen diese lächerlich schwächliche Fassung protestierte scharf und auf das energischste der Engländer Barnes, der erklärte, daß damit das einzig Greifbare des Abrüstungsthemas ausgeschaltet würde. Tarranza für Italien und Lord Robert Cecil für Südafrika, schlossen sich diesem Einspruch an. Aber sie mußten schließlich nachgeben, da sonst überhaupt nichts zustande gekommen wäre; doch verlangte der italienische Delegierte namentliche Abstimmung, und Lord Cecil unterstützte dieses Verlangen mit der deutlichen Bemerkung, jeder müsse heute offene Verantwortung für sein Votum tragen. So sah sich also Bourgeois gezwungen, vor der ganzen Welt Farbe zu bekennen und er stimmte vor der ganzen Welt mit „Nein“; nicht einmal dieser bescheidene Wunsch einer Bitte um Einschränkung schien Frankreich annehmbar. **Gegen den Antrag stimmten außer Frankreich noch folgende Staaten: Brasilien, Chile, Griechenland, Polen, Rumänien und Uruguay;** Siam enzog sich der Abstimmung.

Die Vorgänge in Cork

Die letzten Vorgänge in Cork haben eine lebhafte Aussprache im englischen Unterhause über einen Antrag des Liberalen Kennworthy auf Einleitung einer Untersuchung veranlaßt. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem der Staatssekretär für Irland erklärt hatte, Bestimmungen seien getroffen, die den Beginn einer neuen Periode in der Geschichte Irlands bedeuten.

Evening Standard berichtet, durch die Feuersbrunst in Cork seien 300 Häuser zerstört worden.

Zeitfreiwillige Mörder

Aus Schwerin i. M. wird uns berichtet: Am Mittwoch wurden nach zweitägiger Verhandlung vor dem Geschworenengericht zu Schwerin die drei angeklagten Zeitfreiwilligen Franz Thormann, Wegner und Diekmann freigesprochen, die angeklagt waren, dem jetzt flüchtigen Zeitfreiwilligen Harlinghausen Beihilfe zur Ermordung des Arbeiters Paul Jahnke aus Hungersdorf bei Grevesmühlen geleistet zu haben.

Der Tatbestand ist kurz folgender: Der Arbeiter Paul Jahnke hatte sich nach Ausbruch des Kapp-Putsches, der in Mecklenburg bekanntlich zur Absetzung der rechtmäßigen Regierung durch den meuternden General v. Lettow-Vorbeck führte, als Führer am Generalstreik beteiligt, um der abgesetzten Regierung zu ihrem Recht zu verhelfen. An irgendeinem bewaffneten Unternehmen hat er nicht teilgenommen, besaß auch keine Waffen.

Am 20. März kam nun eine Streife von 10 Mann Zeitfreiwilligen unter Führung des angeklagten, 24jährigen Franz Thormann nach Hungersdorf, die den Auftrag hatte, im Namen der Kapp-Rebellen den als besonders gefährlich beschriebenen Jahnke zu verhaften und nach Grevesmühlen zu bringen. Die Kolonne bestand aus lauter jungen Leuten, von denen mehrere nicht einmal Soldat gewesen waren und mit Gewehren nicht umzugehen wußten. Unter ganz überflüssigen Gewehrschüssen besetzten sie die Wohnung des J. und verhafteten diesen, wobei J. in der unwürdigsten Weise behandelt und gequält wurde. Der Besitzer des Gutes, ein Herr v. Puttkammer, bewirtete die Zeitfreiwilligen mit Wein und Zigarren, wobei er bemüht war, sie mit allen Kräften gegen Jahnke aufzuhetzen, den er als einen fürchterlichen Menschen schilderte. Darauf beschlossen die Heldenjünglinge kurzerhand, Jahnke standrechtlich zu erschießen. Er wurde auf einen Wagen gebracht, den fünf Mann begleiteten, auf einem zweiten Wagen wurde der Knecht Bode fortransportiert, ebenfalls unter Bedeckung von fünf Mann.

In der Begleitung des Jahnke befanden sich die drei Angeklagten, außerdem der flüchtig gewordene Harlinghausen, sowie ein fünfter nicht ermittelter Mann. Auf dem Weg nach Grevesmühlen sah Harlinghausen den Wagen bei einer von hohen Böschungen umgebenen Sandgrube halten, führte den Jahnke in diese hinein und schoß ihn in Gegenwart der Angeklagten Wegner und Diekmann auf ein paar Meter Entfernung nieder. Dem am Boden Liegenden versetzte er noch einen Kopfschuß. Hierauf verabredete man, dem Hauptmann Schwer in Grevesmühlen nach berühmten Vorbildern zu melden, Jahnke sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Natürlich gab sich der Hauptmann damit bereitwilligst zufrieden.

Erst später wurde der wahre Sachverhalt festgestellt. Franz

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201215/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG